



NIEDERSCHRIFT

9. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 15.03.2016

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Bürgerantrag gemäß §24 der GO des Landes NRW IX/416
hier: Mehrzweckhalle Kleinenbroich
4. Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2016 IX/419
5. Vorstellung einer Analyse des Schulden- und Derivateportfolios der Stadt Korschenbroich IX/415
6. Ausbildungsstellen für das Jahr 2017 IX/418
7. Aktives Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich IX/417
hier: Jahresbericht 2015
8. Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen IX/420
9. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Korschenbroich für die Jahre 2016 - 2020 IX/277.1
10. Mitteilungen
11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

9. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 15. März 2016, 18:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter
Brieske, Reinhard
Erhart, Renate
Holzenleuchter, Peter
Krappa, Gerd
Lieser, Wolfgang
Roden, Erwin
Siegers, Thomas

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Jahny, Paul
Richter, Albert
Wagemann, Frank

(bis 19:30 Uhr zu TOP II/5)

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas
Beigeordneter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer
Stadtamtsrat Schröder, Achim
Stadtbrandinspektor Baum, Frank
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Stadtinspektorin Engels, Judith
Pressesprecherin Schirmer, Silke

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

9. Sitzung Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich vom 15.03.2016

Seite 4 von 16

außerdem anwesend

Herr Eckert
Herr Dr. Steinhoff
Herr Schiffer

Sparkasse Neuss
Helaba
Helaba

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 9. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Frau Engels einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Bürgerantrag gemäß §24 der GO des Landes NRW hier: Mehrzweckhalle Kleinenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht auf den Inhalt des Bürgerantrags des Herrn André Schier ein. Herr Schier beantrage, dass der Rat der Stadt Korschenbroich beschließen möge, dass die Mehrzweckhalle Kleinenbroich mit sofortiger Wirkung von der Liste für geplante Flüchtlingsunterkünfte entfernt wird und nachfolgend nicht mehr für die Unterbringung zur Verfügung steht. Vor dem Hintergrund u.a. der Vorkommnisse in Köln sehe er diese Maßnahme als Präventionsmaßnahme an, um Übergriffe auf Frauen und Kinder zu vermeiden.

Bürgermeister Marc Venten führt aus, dass im Vorfeld intensiv über mögliche Standorte beraten worden sei und eine Abwägung von Vor- und Nachteilen der jeweils diskutierten Standorte stattgefunden habe; auf dieser Grundlage sei schließlich eine Notfallliste verabschiedet worden. Er erklärt, dass von Seiten der Verwaltung nicht zu empfehlen sei, die Mehrzweckhalle Kleinenbroich von der Notfallliste zu streichen und folglich der Bürgerantrag abzulehnen wäre.

Die Ausschussmitglieder Thomas Siegers (CDU) und Albert Richter (SPD) teilen die Ansicht der Verwaltung.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass er den Antragsteller kontaktiert und ihm den Prozess geschildert habe, wie die Notfallliste entstanden sei. Er habe ihm das Konzept der Stadt Korschenbroich erläutert, Flüchtlinge dezentral in der Stadt unterzubringen. Abschließend erklärt Herr Houben, dass er keine Veranlassung sehe, dem Bürgerantrag zu folgen.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) teilt die Auffassung von Herrn Houben.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) erklärt, dass die Rahmenliste unterstützt werde und die Ausführungen der Verwaltung geteilt werden. Dennoch legt sie dar, dass die Ängste der Bürger ernst zu nehmen seien. Hier sehe sie jedoch vorrangig die Landes- bzw. Bundesebene in der Pflicht, ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) betont, dass sich die Ängste der Bürger herauskristallisierten. Er weist darauf hin, dass keine Informationen seitens der Verwaltung oder der Politik zurückgehalten werden dürften.

Bürgermeister Marc Venten bekräftigt, dass keine Informationen zurückgehalten würden.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) schließt sich dieser Ausführung an und betont, dass es keine Sonderrechte für einzelne Bürger gebe und dass allen Bürgern ein gleiches Sicherheitsgefühl gegeben werde.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) führt aus, dass Informationsveranstaltungen bezüglich der Flüchtlingsunterbringung in allen Ortsteilen stattgefunden hätten und signalisiert worden sei, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Fragen jederzeit an die Verwaltung herantreten könnten.

Der „Bürgerantrag“ gemäß § 24 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen des Herrn André Schier wird einstimmig abgelehnt (18 Stimmen).

4. Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2016

Bürgermeister Marc Venten geht auf den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2016 ein.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erläutert, dass Ausgangspunkt für den Antrag die bisher mit einem Sperrvermerk versehenen Mittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro für die erforderlichen Planungsschritte zur Realisierung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau im Gebiet Holzkamp-West seien. Er legt dar, dass sich der Antrag in zwei Teile untergliedere. Der erste Teil sehe eine Marktbedarfsanalyse bezüglich des Bedarfes an öffentlichen gefördertem Wohnungsbau und der zweite Teil die Freigabe o.g. Mittel vor, um in die Planung einzusteigen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) hebt das Ziel hervor, sozialen Wohnungsbau in der Stadt Korschenbroich zu fördern und regt an, diesen in eine eigene Gesellschaft zu überführen. Wie durch Herrn Siegers ausgeführt, erachte auch er eine Bedarfsermittlung als notwendig und unterstütze die Mittelfreigabe.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) stellt die Frage, ob es erforderlich sei, die Mittel vollumfänglich frei zu geben.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass nicht die gesamte Summe der Mittel im laufenden Haushaltsjahr ausgegeben werden müsse und Übertragungen ins nächste Haushaltsjahr erfolgen könnten.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) regt an, nach der Planung zu beraten, wie weiter verfahren wird.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt an, welche Kosten für die Marktbedarfsanalyse anfallen würden. Darüber hinaus legt er dar, dass er ein Konzept für erforderlich halte, in welchem detailliert ausgeführt werde, wofür die Mittel benötigt würden.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass man sich zunächst mittels kostenloser Beratungsmöglichkeiten dem Thema nähern wolle und falls darüber hinaus Unterstützung erforderlich werde, werde der Hauptausschuss beteiligt.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) äußert die Befürchtung, dass Aktionismus hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus betrieben werde. Sie hält ebenfalls eine Bedarfsanalyse für zwingend erforderlich und führt aus, dass zunächst ein Bedarf vorhanden sein müsse und anschließend Gelder eingesetzt werden sollten.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach betont, dass er keinen Aktionismus erkenne. Der Geschosswohnungsbau falle im Verhältnis zu den übrigen Bauten eher gering aus. Darüber hinaus führt er aus, dass Geschosswohnungsbau auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels notwendig sei. Überdies werde durch den Antrag klargestellt, dass eine Bedarfsanalyse durchgeführt werde, bevor Geld ausgegeben wird.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) bekräftigt, dass sozialer Wohnungsbau erforderlich sei. Er regt an, über die Frage nachzudenken, in welchen Dimensionen (1-Zimmer-Appartments oder 7-Personen-Haushalte etc.) dieser erfolgen solle.

Beschluss-Nr. IX/419	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
<i>Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD vom 29.02.2016 wird bei 3 Enthaltungen (Die Aktive, FDP) einstimmig angenommen.</i>	

5. Vorstellung einer Analyse des Schulden- und Derivateportfolios der Stadt Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die Kämmerei den Vortrag der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen zur Analyse des Schulden- und Derivateportfolios der Korschenbroich bereits gehört und diesen als interessant für den Hauptausschuss eingeschätzt habe.

Anmerkung der Verwaltung: Als Referenten anwesend sind Herr Dr. Steinhoff und Herr Schiffer von der Helaba und Herr Eckert der Sparkasse Neuss, der die Stadt Korschenbroich an die Helaba vermittelt hat.

Herr Dr. Steinhoff hält die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Präsentation zur Analyse des Schulden- und Derivateportfolios der Stadt Korschenbroich.
Im Anschluss an die Präsentation dankt Bürgermeister Marc Venten der Helaba für die Vorstellung der Analyse.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) bedankt sich für die Präsentation und führt aus, dass einige Erkenntnisse daraus gewonnen werden konnten. Es sei deutlich geworden, dass die Stadt Korschenbroich bezüglich ihrer Kredite und Derivate sehr konservativ und insgesamt gut aufgestellt sei.

Das Zins- und Schuldenmanagement sehe er bei der Verwaltung und hier bei der Kämmerei als richtig angesiedelt an. Er regt an, zukünftig in regelmäßigen oder unregelmäßigen Abständen ggf. weitere Beratungen der Helaba in Anspruch zu nehmen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) dankt der Helaba für die ausführliche Darstellung. Er schließt sich den Ausführungen von Herr Berger an. Insbesondere betont er, dass sich die sehr variable Herangehensweise bezüglich der Zinsbindung in den letzten Jahren bewährt habe und dass bedacht werden müsse, dass Zinssicherung auch Geld koste. Wie Herr Berger sieht auch Herr Andretzky die Zuständigkeit des Zins- und Schuldenmanagements beim Kämmerer.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers hebt hervor, dass tagtäglich eine Betrachtung der Zins- und Marktentwicklung erfolge und ein Puffer für eine Zinssteigerung im Haushalt berücksichtigt sei. Des Weiteren erklärt er, dass eine Dienstanweisung für das Zins- und Schuldenmanagement in Arbeit sei und diese voraussichtlich in der nächsten Ratssitzung am 15.04.2016 vorgelegt werde.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) legt dar, dass die Niedrigzinsen voraussichtlich noch länger anhalten würden. Er empfiehlt jedoch ein intensiveres Risikomanagement, damit bei einer sich zukünftig abzeichnenden Zinssteigerung entsprechend gehandelt werden könne.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) stellt fest, dass sich die Kassenkredite auf nahezu 47 Mio. Euro belaufen würden und 57 Prozent nicht abgesichert seien. Er führt an, dass man noch gut aufgestellt sei, stellt jedoch die Frage, wann ein ungutes Verhältnis entstehe.

Der Referent Dr. Steinhoff erklärt, dass weniger Kassenkredite natürlich wünschenswerter seien als mehr. Dies sei aber kurzfristig nicht steuerbar. Mit Blick auf die Situation in Korschenbroich führt er aus, dass diese gut aufgestellt sei und zunächst keine Zinssteigerung erwartet werde. Er empfehle der Stadt dennoch ein umfassendes Zins- und Schuldenmanagement.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) ist der Auffassung, dass dies nicht allein eine Entscheidung der Verwaltung sei und der Ausschuss sich ebenfalls eine Meinung bilden solle. Er regt an, die Kassenkredite schrittweise abzubauen und auf langfristige Finanzierung zu setzen.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass es das gute Recht des Ausschusses sei, sich eine Meinung zum Zins- und Schuldenmanagement zu bilden.

Beschluss-Nr. IX/415	
Die von der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen erstellte Analyse des Schulden- und Derivateportfolios der Stadt Korschenbroich wird durch den Hauptausschuss zur Kenntnis genommen.	

6. Ausbildungsstellen für das Jahr 2017

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass in den vergangenen Jahren zu wenig Nachwuchskräfte eingestellt worden seien und nun ein erhöhter Bedarf an Nachwuchskräften vorliege.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bekräftigt, dass die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen eine wichtige Aufgabe sei und dass er die entstehenden Kosten als gut investiertes Geld ansehe. Der Antrag werde seitens der CDU unterstützt.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) unterstützt den Antrag ebenfalls. Er sei dankbar, dass sieben Ausbildungsplätze bereitgestellt würden.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass Ausbildungsplätze zwar Kosten verursachen, es jedoch schlussendlich preiswerter sei, Auszubildende zu übernehmen, als extern Personal zu suchen. Er stimme damit dem Antrag zu.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (Ulli/Zentrum) begrüßt den Antrag, da der sozialen Verantwortung dadurch nachgekommen werde.

Beschluss-Nr. IX/418	Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, für das Jahr 2017 folgende Ausbildungsstellen anzubieten: 3 Ausbildungsstellen Inspektoranwärterin / Inspektoranwärter 3 Ausbildungsstellen Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter 1 Ausbildungsstelle Kanalbauer (w/m)	

7. Aktives Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich hier: Jahresbericht 2015

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie den vorgelegten Jahresbericht 2015 zum Aktiven Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich ein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) legt dar, dass sich das Aktive Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich auf einem guten Weg befindet. Er stellt jedoch die Frage, ob Gründe für die gegenüber dem Jahr 2014 verschlechterte durchschnittliche Bearbeitungszeit im Jahr 2015 ersichtlich seien.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass im Jahr 2015 vermehrt Anfragen bzw. Eingaben an die Verwaltung herangetragen worden seien, die der Beteiligung anderer Behörden bedurft und damit längere Bearbeitungsdauern nach sich gezogen hätten.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen bestätigt die Ausführungen des Bürgermeisters und betont, dass die längere Bearbeitungsdauer nicht bedeute, dass Vorgänge liegen geblieben seien.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt, ob ein Trend hinsichtlich aufwendigerer Anfragen bzw. Eingaben bestehe und bittet um Spezifizierung der Ausreißer.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erkenne einen solchen Trend nicht und sichert zu, dass die Ausreißer hinsichtlich ihrer Vorgangsart zukünftig konkretisiert würden.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) fordert ebenfalls, dass die Ausreißer im Bericht genauer darzustellen seien, um einen möglichen Trend einschätzen und die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bewerten zu können.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) stellt fest, dass das Aktive Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt Korschenbroich gut organisiert sei. Er fragt an, welche Schlüsse gezogen würden, wenn eine erhebliche Anzahl von Beschwerden wie z.B. im Amt 66 Tiefbau und Grünflächen vorliege. Darüber hinaus fragt er an, ob in den „Anregungen“ (S. 9 des Berichtes bzw. S. 24 der Sitzungsvorlage) auch „Ideen“ enthalten seien.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt aus, dass der Grund für die hohe Anzahl von Beschwerden im Fachbereich 3 in den wahrgenommenen Aufgaben begründet liege, da beispielsweise von Amt 66 „Knöllchen“ verteilt würden.

Stadtoberverwaltungsrat Drohen bestätigt, dass „Ideen“ in den „Anregungen“ enthalten seien.

Beschluss-Nr. IX/417	
Der Hauptausschuss nimmt den Jahresbericht der Verwaltung zum aktiven Ideen- und Beschwerdemanagement zur Kenntnis.	

8. Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretungen

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein und führt aus, dass die Höhe der Fraktionszuweisungen nicht in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen geregelt sei. Zudem legt er dar, dass der aus dem Jahr 1989 stammende Erlass „Zuwendungen kommunaler Körperschaften an Fraktionen der Vertretung“ sehr offen gestaltet sei. Daher differiere der Umgang mit den Zuwendungen stark; so auch im Rhein-Kreis Neuss. Der interkommunale Vergleich habe ergeben, dass Korschenbroich und Rommerskirchen die geringsten Zuwendungen und Kaarst, Grevenbroich und Neuss ein Vielfaches dieser Fraktionszuwendungen aufweisen.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (MIK) den Erlass aus dem Jahr 1989 grundlegend überarbeitet habe und dass dieser neu gefasste Erlass zur Kenntnis gegeben werde, damit die Fraktionen vollumfänglich informiert seien. Dieser neue Erlass führe Vorgaben diesbezüglich an,

was als Mindeststandard bzw. erweiterter Mindeststandard zu finanzieren sei. Insgesamt dürfe keine Spitzabrechnung, sondern eine generalisierte Pauschale herbeigeführt werden. Darüber hinaus weist Bürgermeister Marc Venten auf die Absenkung der Fraktionszuwendungen um 20 Prozent hin, die in der letzten Wahlperiode in zwei Schritten vollzogen worden sei.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) betont, dass die Stadt Korschenbroich mit Blick auf die Zahlen im Kreisgebiet achtsam mit ihren Mitteln haushalte. Hier führt er die 20-prozentige Kürzung der Fraktionszuwendungen an. Er sehe die Erfüllung der Auflagen, die aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen resultieren, als oberste Priorität an. Abschließend beantrage er keine Beratungen in den Fraktionen und keine Anpassung der Fraktionszuwendungen vorzunehmen.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) schließt sich den Ausführungen des Herrn Siegers an. Die Zuwendungskürzungen würden mitgetragen, um weiter den Weg der Haushaltskonsolidierung zu verfolgen. Er sehe ebenfalls keinen Beratungsbedarf und beantrage, keine Anpassung der Fraktionszuwendungen vorzunehmen. Er schließe jedoch nicht aus, dass zu einem späteren Zeitpunkt ggf. erneut hinsichtlich dieses Themas zu beraten sei.

Die Ausschussmitglieder Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) und Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) sehen ebenfalls keinen Beratungsbedarf und keine Veranlassung zur Anpassung der Fraktionszuwendungen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Korschenbroicher Politik sparsam sei. Dies bedeute jedoch nicht, dass dieses Thema zu einem späteren Zeitpunkt nicht erneut zu beraten sei.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) stellt ebenfalls fest, dass in den letzten Jahren sehr sparsam mit den Fraktionszuwendungen umgegangen worden sei. Er betont jedoch, dass ein Mindestumfang gewährleistet sein müsse. Diese Gewährleistung erkenne er für die Fraktion ULLi/Zentrum nicht, da die gewährten 1.520,00 Euro (2 x 760,00 Euro) nicht ausreichend seien. Er äußert, dass er sich noch einmal mit seinem Fraktionspartner beraten wolle und die Frage nach der Anpassung der Fraktionszuwendungen zur Ratssitzung auf die Tagesordnung genommen werden solle.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) stellt klar, dass es sich um zwei Anträge handele: einerseits die Beratung in den Fraktionen und andererseits die Frage nach der Anpassung der Fraktionszuwendungen.

Bürgermeister Marc Venten lässt zunächst über den weitergehenden Beschluss (Frage nach der Anpassung der Fraktionszuwendungen) abstimmen. Er weist darauf hin, dass er sich bei dieser Thematik nicht an der Abstimmung beteilige.

Beschluss-Nr. IX/420	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur notwendigen Höhe der zu gewährenden Fraktionszuweisungen zur Kenntnis und beschließt, dass die Höhe der seitens der Stadt Korschenbroich gewährten Fraktionszuwendungen im Sinne des Erlasses der MIK vom 05. November 2015 als ausreichend angesehen wird. Bürgermeister Marc Venten erklärt das Thema als abschließend behandelt.	

9. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Korschenbroich für die Jahre 2016 - 2020

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie den vorgelegten Ergebnisbericht des Brandschutzbedarfsplanes ein und übergibt dem Beigeordneten Georg Onkelbach das Wort.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie bezüglich des neuen Standortes der Feuerwache für den Stadtteil Kleinenbroich an. Nach dieser Studie werde ein Grundstück mit einer Fläche von ca. 2.700 Quadratmetern benötigt. Dieser Flächenbedarf sei auf die in Erwägung gezogenen Standorte projiziert worden. Unter anderem habe eine Projektion auf den Standort Hochstraße stattgefunden (*Ein entsprechendes Foto ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt*). Ergebnis sei, dass hier lediglich eine Grundstücksgröße von 1.500 Quadratmetern vorliege und der Standort Hochstraße damit nicht geeignet sei.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach legt dar, dass daraufhin das neue Baugebiet Holzkamp betrachtet worden sei. Nördlich des Haus Tabita und des neuen Kindergartens befinde sich ein Areal mit einer Fläche von ca. 4.000 Quadratmetern (*Ein entsprechendes Foto ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt*). Herr Onkelbach erklärt, dass der Rhein-Kreis Neuss grundsätzlich eine Zufahrt über die K35n ablehne. Im Zuge der konkreten Planungen wegen der Anlage einer zusätzlichen Alarmausfahrt wolle man noch einmal mit dem Rhein-Kreis Neuss verhandeln. Im Falle der Entscheidung für dieses Areal, werde dieses mit in den Bebauungsplan übernommen und somit Gegenstand der Umlegung werden. Der bisher gültige Bebauungsplan deklariere diese Fläche noch als Schützenplatz. Dies sei abzuändern, da die Feuerwache Vorrang haben müsse.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach schlägt nach den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie aus Sicht der Verwaltung vor, vorstehend genanntes Areal auf dem Holzkamp-Gelände für die Feuerwache in Kleinenbroich bereitzustellen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers stellt den aktuellen Brandschutzbedarfsplan vor und erklärt, dass dieser im Entwurf erstmals am 18.08.2016 im Hauptausschuss beraten und in dieser Sitzung zur Beratung in die Fraktionen verwiesen worden sei. Darüber hinaus führt er aus, dass im Rahmen dieser Sitzung der Wehrführer Frank Baum erklärt habe, dass eine Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr abgegeben werde. Zudem verweist der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers auf S. 7 des Brandschutzbedarfsplanes: hier seien die wesentlichen Ergebnisse zu den verschiedenen Standorten aufgeführt.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erklärt, dass dem Brandschutzbedarfsplan in der überarbeiteten Fassung zugestimmt werde, insbesondere den Investitionsmaßnahmen für Kleinenbroich, Pesch, Korschenbroich und Herrrenshoff. Diese Aussage würde er jedoch einschränken, wenn eine andere Einschätzung seitens der Wehrführung vorliege.

Der Wehrführer Frank Baum legt dar, dass ein externer Gutachter gewünscht gewesen und der Brandschutzbedarfsplan für die Feuerwehr zustimmungsreif sei. Er bemängelt jedoch, dass aus dem Bericht nicht klar hervorgehe, dass sich für einen sechsten Standort ausgesprochen wird.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) führt aus, dass der Brandschutzbedarfsplan intensiv beraten wurden und dieser eine runde Sache sei, da auch die Alarmierungszentrale beleuchtet worden sei. Es habe jedoch einige Rückfragen dazu:

- Im Hinblick auf die Planung für Kleinenbroich: Welche Personenzahl ist erforderlich, um die Einsatzbereitschaft sicherzustellen?
- Wie wird letztendlich mit dem Thema „Drehleiter in Glehn“ umgegangen?
- Gibt es weitere Vorstellungen, wie mit dem Standort Pesch weiter verfahren werden soll?

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass die Bezirksregierung mehrere Standorte genannt habe, diese jedoch nicht geeignet seien und in Pesch gebaut werden solle. Diesbezüglich wurden Unterlagen vorgelegt und Ende März/Anfang April finde ein Abstimmungsgespräch mit der Bezirksregierung bezüglich des Grundstückes statt. Herr Onkelbach führt an, dass das vorgeschlagene Grundstück wohl auf positive Resonanz bei der Feuerwehr stoße. Darüber hinaus führt er aus, dass sowohl für die Feuerwehr in Kleinenbroich als auch für die in Pesch gelte, dass Flexibilität mit dem Standort notwendig sei, um zukünftigen Entwicklungen Rechnung tragen zu können.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass die erstrebenswerte Personenzahl idealerweise bei 40-60 Kräften für Löschzüge und bei 20-30 Kräften für Löschgruppen liege. Er sehe die Stadt mit der Annahme der untersten Grenze plus „X“ gut beraten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) fragt an, ob geplant sei, die Drehleiter von Glehn nach Kleinenbroich zu verlagern und ob zwischen der Verwaltung und der Feuerwehr ein gemeinsamer Standort der Feuerwehr Kleinenbroich und der Feuerwehr Pesch diskutiert worden sei.

Der Wehrführer Frank Baum führt aus, dass zunächst keine Verlagerung geplant sei, da die Firma, bei der die Drehleiter derzeit abgestellt sei, sicherstelle, dass das Fahrzeug tagsüber besetzt werden könne. Er erwähnt zwar die Möglichkeit, das Fahrzeug in Kleinenbroich unterzubringen, schätzt diese Unterbringung jedoch als problematisch für die Kleinenbroicher Feuerwehr ein, da diese auch für den Rüstwagen zuständig sei, der im letzten Jahr 47 Mal im Einsatz gewesen sei.

Des Weiteren erklärt er, dass es ein Abstimmungsgespräch zwischen Feuerwehr und Verwaltung zum Thema gemeinsamer Standort gegeben habe.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es eine ernsthafte Diskussion hinsichtlich eines gemeinsamen Standortes gegeben habe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass man sich darauf verständigt habe, zunächst den Brandschutzbedarfsplan abzuwarten. Das Gutachten gebe allerdings die Tagesverfügbarkeit der Löschgruppe Pesch nicht korrekt wieder.

Bürgermeister Marc Venten schreibt der Feuerwehr in Pesch eine gute Tagesverfügbarkeit aufgrund der zentralen Lage des Standortes zu.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell befürwortet den Standort Holzkamp für die Feuerwehr Kleinenbroich und erklärt, dass dieser Standort in den Bericht hätte eingearbeitet werden können. Des Weiteren bemängelt er, dass den Fraktionen keine Stellungnahme der Feuerwehr zugegangen sei und dass der Bericht in schwarz-weiß schwer lesbar sei. Es sei den Fraktionen zugesichert worden, ein farbiges Exemplar je Fraktion zu erhalten. Weitergehend stimme er dem Inhalt des Berichtes zu, werde heute jedoch keine Zustimmung insgesamt geben.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass es noch weitere Verzögerungen bei der Fertigstellung des Brandschutzbedarfsplanes gegeben hätte, wenn dieser

noch auf den aktuellsten Stand gebracht worden wäre. Zumindest auf S. 51 des Berichtes seien aktuelle Daten mit Stand vom 19.02.2016 eingearbeitet worden.

Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) bemängelt, dass Ausrückzeiten nicht eingehalten worden seien.

Wehrführer Frank Baum legt dar, dass die Einheit zweimal, in Liedberg und Pesch, gar nicht erst ausgerückt und daher im Bericht eine Null vorzufinden sei.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erklärt, dass dem Brandschutzbedarfsplan zugestimmt werde. Bezüglich des neuen Standortes in Kleinenbroich fragt sie an, ob der zunächst geplante Schützenplatz wegfallen müsse.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach bestätigt diesen Wegfall. Darüber hinaus führt er an, dass die Bruderschaft signalisiert habe, dass sie an der Matthiasstraße bleiben wolle. Ggf. wäre zu einem späteren Zeitpunkt ein neuer Ausweichstandort für den Schützenplatz auszuweisen.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) erklärt, dass es neue Erkenntnisse gebe, die mit in die Fraktionen genommen würden.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) stellt fest, dass es mit 59 Fahrzeugen in Korschenbroich ein Fahrzeug zu viel gebe und fragt an, wie diesbezüglich verfahren werden solle.

Wehrführer Frank Baum führt aus, dass dieses vor der Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes im Rahmen einer Ersatzbeschaffung beschafft worden sei und aufgrund örtlicher Gegebenheiten (viele Straßenkilometer) weiter vorgehalten werden solle.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) legt dar, dass man hinsichtlich der Planungen ausreichend informiert und eingebunden worden sei und dass von seiner Fraktion kein weiterer Beratungsbedarf gesehen werde und der Brandschutzbedarfsplan daher in den Rat zur Beschlussfassung gegeben werden solle.

Beschluss-Nr. IX/277.1	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss nimmt den Brandschutzbedarfsplan zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich, den Brandschutzbedarfsplan in der Fassung des vorliegenden Entwurfs zu beschließen.	

10. Mitteilungen

Bürgermeister Marc Venten teilt die Neukonzeption des städtischen Umweltmarktes mit. Dieser hätte eigentlich nach dem bisher bestehenden 2-Jahres-Turnus letzten Herbst stattfinden sollen. Zukünftig solle dieser als Bau- und Umweltmarkt konzipiert werden und analog zum Herbstfest im Ortskern mit Ständen und in Verbindung mit einem verkaufsoffenen Sonntag stattfinden. Der Cityring Korschenbroich habe bereits signalisiert, die Organisation zu übernehmen. Es sei angedacht, Korschenbroicher Unternehmen und Verbände zu kontaktieren. Bürgermeister Marc Venten hält das neue Konzept für sehr sinnvoll, da voraussichtlich insbesondere hinsichtlich des Bereiches Bauen eine große Nachfrage bestehen werde.

Bürgermeister Marc Venten gibt den Termin 26.06.2016 für den Bau- und Umweltmarkt bekannt.

Bürgermeister Marc Venten berichtet von der offiziellen Absage des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung bezüglich des Bundesprogramms zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur; hier: Sanierung der Sportanlage Korschenbroich.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass man von der Idee eines Zusammenschlusses der VHS Kaarst-Korschenbroich mit der VHS Meerbusch Abstand genommen habe, da man mit Kaarst zu dem Entschluss gekommen sei, dass sich keine nennenswerten Synergieeffekte ergeben würden. Außerdem gebe es aus Meerbusch das Signal, dass die Meerbuscher Bürger keine weiteren Strecken für die Wahrnehmung von Kursangeboten in Kauf nehmen wollten.

Bürgermeister Marc Venten regt eine Konzeption zur Vergabe von Einbürgerungsurkunden an. Er schlägt vor, die Urkunden im Rahmen einer Ratssitzung zu vergeben, unter der Voraussetzung, dass die bzw. der jeweilige Eingebürgerte mit diesem Verfahren einverstanden sei.

Bürgermeister Marc Venten legt die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen dar:

- Gymnasium Korschenbroich 113 (4-zügig)
- Realschule Korschenbroich 85 (3-zügig)
- Hauptschule Korschenbroich 12 + 2 (mit Förderbedarf) + 4 (Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die eine Empfehlung für die Hauptschule haben)

Er erklärt, dass bei der Bezirksregierung Düsseldorf eine Ausnahmegenehmigung beantragt worden sei, damit eine Eingangsklasse an der Hauptschule gebildet werden könne, da aus Kapazitätsgründen an den Realschulen in Korschenbroich und Kaarst keine weiteren Schüler aufgenommen werden könnten. Bürgermeister Marc Venten betont, dass man weiterhin die Kooperation mit Kaarst anstreben und Kaarst die offiziellen Anmeldezahlen mitteilen wolle. Nach der Ausnahmegenehmigung durch die Bezirksregierung sei überdies geplant, Kaarst die Bildung einer Eingangsklasse an der Hauptschule Korschenbroich mitzuteilen.

Anmerkung der Verwaltung: Diese Mitteilung ist erfolgt.

Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) fragt an, wie lange der Genehmigungsprozess andauern werde.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass relativ kurzfristig mit der Genehmigung gerechnet werde und dass die Fraktionen umgehend informiert würden, sobald der Bescheid vorliege.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bekräftigt, dass es unveränderter politischer Wille sei, an der Kooperation mit Kaarst festzuhalten.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach weist darauf hin, dass die Firma Schönackers im Rahmen der Altpapierabholung keine Kartons mitnehme, die nicht der Vorgabe zur Bündelung entsprechen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen informiert die Ausschussmitglieder, wie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses angefordert, über die Erfahrungen anderer kreisangehöriger Gemeinden mit der Einkaufsgenossenschaft KoPart eG. Er führt aus, dass die Städte Kaarst, Meerbusch und Dormagen zwar Mitglieder der Einkaufsgemeinschaft seien, über diese jedoch noch keine Beschaffungen getätigt hätten. Er erklärt, dass sich diese Städte, wie auch die Stadt Korschenbroich, der Einkaufsplattform CitkoMarket bedienen. Bei der Stadt Dormagen gebe es derzeit Überlegungen, ob von der Plattform CitkoMarket zum elekt-

ronischen Katalogeinkauf der KoPart eG gewechselt werden solle. Die Stadt Meerbusch führe hingegen aus, dass die Ausschreibungen von KoPart für Büroartikel für sie bislang nicht attraktiv waren, da vom Ergebnis der Ausschreibungssumme ein Prozentsatz an KoPart zu zahlen sei. Herr Drohen erklärt, dass weiterhin kein zusätzlicher Nutzen durch den Einsatz einer weiteren, kostenpflichtigen Plattform zu erwarten sei.

11. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) fragt an, ob die Bevölkerung bezüglich der von dem Beigeordneten Georg Onkelbach ausgeführten Änderung bei der Altpapierabholung informiert worden sei. Herr Onkelbach führt aus, dass diesbezüglich bereits eine Pressemitteilung veröffentlicht worden sei.
- b) Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) erklärt, dass die Deutsche Glasfaser in Liedberg-Steinhausen 39 von 40 Prozentpunkten erreicht habe und fragt an, wie diesbezüglich weiter verfahren werde. Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass am morgigen Tage (16.03.2016) ein Gespräch mit der Deutschen Glasfaser stattfinden werde. Zudem führt der Beigeordnete Georg Onkelbach aus, dass mit ihm schon bezüglich eines Standortes der Verteilerstation gesprochen worden sei und voraussichtlich noch in diesem Jahr mit dem Ausbau des Glasfasernetzes begonnen werde.
- c) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) fragt an, welche Arbeiten auf den beim Haus Tabita gelegenen Feldern und am Hasseldamm ausgeführt würden. Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass am Haus Tabita gelegen eine archäologische Prospektion erfolge, da der Verdacht bestehe, dass sich dort eine Römerstraße befinde. Bezüglich der Arbeiten am Hasseldamm erklärt er, dass dies geprüft und im nächsten Hauptausschuss bekannt gegeben werde.
- d) Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) fragt an, ob es Möglichkeiten gebe, von dem Vertrag mit der Telekom zur Deutschen Glasfaser zu wechseln. Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass diesbezüglich ein Gespräch im Industriegebiet in Glehn stattfinden werde.
- e) Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die vom Rat der Stadt Korschenbroich am 26.11.2015 beschlossene Resolution und kritisiert, dass die Anhebung der Kreisumlage dennoch vom Kreistag mit Stimmenmehrheit verabschiedet worden sei. Er zweifle an der Sinnhaftigkeit eines ablehnenden Beschlusses auf städtischer Ebene, wenn anschließend Kreistagsabgeordnete diesem zuwider im Kreistag abstimmen.
- f) Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) erklärt, dass auf der Lichtstraße Grenzsteine ausgegraben worden seien. Er fragt an, welche Hintergründe dies habe.
Anmerkung der Verwaltung: Trotz intensiver Recherche seitens des Fachbereichs 3 konnte nicht ermittelt werden, von wem die Markierungen sind.